

Bundesweiter Friedensratschlag, Kassel, 3./4. Dezember 2016

Immer wieder ein toller Kongress, sozusagen zur wissenschaftlichen Grundierung und zur Vernetzung der Friedensbewegung. Schade, dass er immer mehr einer Rentnerversammlung ähnelt und vom Aussterben bedroht erscheint. Was tun? – Auch dieses Format wird sich nur erhalten lassen, wenn es – ähnlich wie in den 80-ern – gelingt, wieder eine lebendige Bewegung in den Regionen und Kommunen zu schaffen.

Da die meiste Arbeit in den 30 Arbeitsgruppen stattfand, der Einzelne aber höchstens an dreien teilnehmen konnte, muss jeder persönliche Bericht ausschnitthaft bleiben. Also nachfolgend in Kürze nur, was mir aus meinen Aufzeichnungen erinnerungswert erscheint. (Der eilige Leser kann sich auch die ihn interessierenden Themen herauspicken, muss nicht alles lesen. Später werden -wie immer- auch ein Buch mit den Vorträgen und Filmbeiträge erscheinen.)

Aus den zentralen Vorträgen:

Williy van Ooyen: Wo stehen wir als Friedensbewegung?

Frieden habe für die Herrschenden keinen Gebrauchswert und sei darum in diesem Regime chancenlos. Alle Staaten, die sich weigerten ihre Bodenschätze und Märkte bedingungslos dem Westen zur Verfügung zu stellen, würden so zu Feinden deklariert. Außerdem schaffe man zunehmend Unterschichten außerhalb der sozialen Absicherung, die dann für rechte Agitation anfällig würden (wie 1966 ff und 1990 ff). Die Friedensbewegung müsse darum die Verteilungsfrage stellen, antiliberalen Bewegungen wie die Freihandelskritiker oder Blockupy gehörten dazu, die Rechten nicht. Die bundesweite Demonstration 8.10.2016 in Berlin habe gute Bündnisstrukturen geschaffen.

Erhard Crome: Wer sind die Kriegstreiber?

Nato, weil über 60% der Weltrüstungsausgaben; ständige Expansion im Osten wie im Nahen Osten; superschnelle Eingreiftruppe, verschärfte Manöverintensitäten; Raketen“abwehr“systeme (die taugen eben genauso gut als Angriffssystem!). Deutschland wolle womöglich den günstigen Moment nutzen, um ein drittes Mal zu versuchen, Russland aus Europa hinauszukriegen, dieses Mal aber mit Unterstützung des Westens (dieser Konsens zerbreche höchstens, wenn Deutschland nach eigenen Atomwaffen strebe, um Russland eigenständig entgegenzutreten zu können). Darum habe man auch auf Clinton gesetzt, weil diese vermittels des Flugverbots über Syrien den Konflikt mit Russland quasi versprochen habe. Bei Merkel seien Menschenrechte identisch mit deutschen Exportinteressen. So sei auch das Weißbuch 2016 zu verstehen.

In den USA seien immer die Demokraten die Kriegstreiber gewesen. Auch Obama habe die unilaterale Herrschaft aufrecht erhalten wollen, nur mit verringerten Kosten (Drohnen statt Einmärsche). Trump sei zunächst weniger bellizistisch als Clinton, habe sich sogar mit Sanders Anhängerin verständigen können. Allerdings sei bei ihm Vieles im Ungewissen. Womöglich läute amerikanischer Rückzug jetzt wieder den weltgeschichtlichen Normalzustand aus, demzufolge Ostasien Zentrum der Menschheitsentwicklung sei.

Sevim Dagdelen: Merkels Partnerschaft mit Erdogan und die Folgen

Wie vor 100 Jahren brauche Deutschland für seine Machtentfaltungsträume die Türkei und toleriere dafür auch den nächsten Völkermord (jetzt halt an den Kurden). Türkei sei geostrategischer Garant für die Vorherrschaft über den Nahen Osten, Incirlik werde nicht umsonst ausgebaut. Die Awacs-Daten würden aber nicht nur Saudi-Arabien, sondern auch der Türkei geliefert, welche unter „Terroristen“ auch die Kurden subsumiere. Türkei sei zuletzt von Platz 25 der deutschen Waffenexporte auf Platz 8 vorgerückt! Deutsches Kapital sei mit Abstand führend unter den Kapitallieferanten der Türkei, habe sich aktiv auch am Ausverkauf der Türkei, der Privatisierung türkischer Unternehmen durch die AKP, beteiligt. Wegen der Volksmeinung habe man zwar die Beitrittsverhandlungen ausgesetzt, wolle aber die konkret viel wichtigeren Zollsenkungen im Stillen beschleunigen. Konkret ertüchtige Deutschland die türkische Regierung mit Kapital und Waffen, müsse im Gegenzug immer mehr türkische Bürger als Flüchtlinge aufnehmen und erdulden, dass der türkische Geheimdienst mit Tausenden von Mitarbeitern diese türkischen Demokraten in Deutschland verfolge.

Konrad Ott: Wie stehen die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie zu Rüstungsproduktion, -export und Sozialabbau?

Knapp 100000 Beschäftigte. Einer davon sagte ihm: „Wer Hundefutter produziert, braucht Hunde. Und wer Waffen produziert, braucht Kriege.“ In wenigen Zentren (Oberndorf, Bodensee, Kassel, Werften) monopolartig konzentriert, so dass Arbeiter zu recht schnellen Abstieg nach Hartz IV befürchten. Darum sei es wichtig, die Konversionsdiskussion nach 20-jährigem Schlaf wieder zu beleben. So habe die IGM, Abrüstung sei satzungsgemäßes Ziel, dafür neuerdings zentrale Finanzierungsmittel freigegeben (in welcher Höhe??). Darin lägen Chancen: Der Militärhaushalt umfasse die öffentlich genannten 36 Milliarden + ein Drittel, die anderswo versteckt seien. Die wenigen Arbeiter in der Rüstungsindustrie könnten aber sozial aufgefangen werden, wenn man nur wolle: Durch Abrüstung würden riesige Investitionsprogramme für Konversion möglich! Auch müssten endlich alle Beschäftigten in die Sozialsysteme einzahlen und nicht nur die 28 Million Sozialversicherungspflichtigen. Eine gute Schrift zu Konversion und Diversifikation sei in der Hans-Böckler-Stiftung erschienen .

Er hatte auch angemerkt, die Stärke der Friedensbewegung in den 80-er Jahren habe damit zu tun gehabt, dass damals mit dem Kampf gegen die Mittelstreckenraketen eine gemeinsame Klammer existiert habe. (Gedanke von mir: Könnte die Kombination von Büchel, Ramstein und Auslandseinsätzen nicht die Völkerrechtswidrigkeit als Klammer haben?)

Jörg Becker: Medien im Krieg – Krieg in den Medien

Viele interessante Beispiele aus seiner Forschung/ seinen und anderer Profs Veröffentlichungen. Mir insbesondere erinnerlich (hier habe ich die ersten 15 Minuten verpasst):

- Homogenisierung der Medienlandschaft, weil –mangels teurer Auslandskorrespondenten alle sich auf dieselben Presseagenturen stützen (Sinnlosigkeit, wenn Auslandskorrespondent aus Kairo über Aleppo berichtet).

- Unter Juristen gebe es eine Diskussion ein spezielles Feindstrafrecht zu schaffen (eigene Anmerkung: mit den strafrechtlich tolerierten extralegalen Tötungen – bzw. der Beihilfe dazu – existiert ein solches in der Praxis schon im Bereich der Todesstrafe)
- Der Gebrauch „Hitlers“ in den Medien, um unbotmäßige Staatschefs für vogelfrei zu erklären, die Öffentlichkeit auf Krieg einzustimmen
- Ein syrisches „Regime“ (statt syrische Regierung) erscheint in den Medien plötzlich während des arabischen Frühlings, als Natostaaten die Chance eines Regierungssturzes wittern
- Die totale Indienststellung der Berichte über „die Lage der Frauen im Land x“ für Nato-Menschenrechtskriege, gleichzeitige Überflutung islamischer Kulturen mit westlichen, halbentblößten Frauenbildern
- Bunte Revolutionen ausgiebigst über Presse gelenkt („freie“ Presse braucht immer Geld). Als 60 Jahre nach Radio Liberty usw. Russland Russia today startet, ist die Empörung riesig und die EU-Kommission gründet ohne jegliches Mandat einen eigenen Staatssender für Osteuropa „East StratCom Team“.
- Die „Alpha-Redakteure“ aller großen Zeitungen bewegen sich in denselben Clubs wie die hohen Militärs
- Im Kriegsfall wird so schnell wie möglich die Medienlandschaft des Gegners zerstört (Gebäude, Sendeinfrastruktur)
- „industriell militärischer Komplex“ mache nur Sinn (Bedingung seiner Akzeptanz), wenn man „kommunikativer“ davor setze

Insgesamt herrsche die Tendenz zur Mediatisierung des Krieges und zur Militarisierung der Medien

Conrad Schuhler: Terrorismus und soziale Frage

Die Zahl der Terrortoten habe sich von 2007-2015 vervierfacht (auf 32000), die Zahl der Kriegstoten verfünffacht (auf 105000). „Terror“ werde der Kampf staatlich nicht legitimierter Gruppierungen genannt, i.w. arabischer Gruppierungen, die sich – laut Todenhöfer – dagegen wehren, dass ihre Länder vom Westen als Tankstelle behandelt werden. 80% der Anschläge finden in 5 vom Westen ganz oder teilweise verwüsteten Staaten statt (Irak, Afghanistan, Syrien, Nigeria, Pakistan ☐ ich zweifle an meiner Mitschrift: Libyen?, Somalia?). Die meisten schwierigen Länder lägen in Afrika, von wo noch ganz andere Migrationswellen zu erwarten seien.

Der Westen kämpfe nicht ernsthaft gegen Terroristen, sei auch vom Terrorismus noch kaum betroffen, sondern für den Zugang zu Bodenschätzen und den freien Handel. Der Konsum eines westlichen Bürgers sei 15x so hoch wie der eines afrikanischen. Für seine Ziele, bestimmte Staaten (Afghanistan in 80-er Jahren, Libyen, Syrien u.a.m.) zu zerschlagen, fördere der Westen ganz bewusst islamistische Terrorbanden (m.E. auch separatistische Bürgerkriege, z.B. in Jugoslawien, Kongo, Namibia) als das kleinere, weil beherrschbare und brauchbare, Übel (z.B. Brzezinsky: zwecks Zerfall der UdSSR habe sich die Taliban doch gelohnt).

Europa sei aber für Terroristen leicht erreichbar und züchte diese in seinen Ghettos, aus welchen Tausende zum Kampf nach Syrien ausgewandert seien. Die Ursache dafür seien die Beschäftigungslosigkeit bzw. auch die Einkommensdiskriminierung im Falle der Beschäftigung. Der Durchschnitt der Migranten habe – gemäß ihren Biographien – eine höhere Bildung aufzuweisen als der Durchschnitt der indigenen Westeuropäer (☒ darüber heftige Diskussion), dennoch seien sie zu 36%, die indigenen aber nur zu 12% von Armut bedroht. Je mehr die Europäer auf Kosten Afrikas und der Migranten ihren Lebensstandard steigern, um so heftiger würde die terroristische Bedrohung. Die Kolonialbevölkerung habe sich zu allen Zeiten gegen ihre Unterwerfung und Diskriminierung gewehrt und im 20. Jh. erfolgreiche Befreiungskriege und –bewegungen durchgeführt. Deren Merkmale seien: gegen strukturelle Gewalt keine gesetzl. Möglichkeit, reelle Chancen des eröffneten Kampfes, Vermeidung von unbeteiligten Opfern (das stimmt m.W. weder für Castro noch für Mao oder andere kriegerische Befreiungsbewegungen). Der Terrorismus erfülle aber keine dieser Bedingungen und sei darum nur menschenfeindlicher Aktivismus/ rundweg abzulehnen. (meine Überlegung dazu: Immerhin ist er doch eine erfolgreiche Abwehrstrategie gegen dauerhafte Besetzungen???) Er diene den Herrschenden nur zum Ausbau des Repressionsstaates (Demokratieabbau, Rüstungssteigerung, Polizeistaat). Eine richtige Antwort aber müsse bei der Schaffung sozialer, gerechter Gesellschaftsstrukturen ansetzen.

Anne Rieger: Zusammenfassung des Friedensratschlags und Schlusswort

Einleitend die notwendigen üblichen Dankesworte an all die Mitwirkenden, auch die im Hintergrund. Konsens, dass die Kriegsgefahr wächst und Deutschland verschärfend wirke sowohl infolge seiner Waffenexporte als auch seiner Personaleinsätze und seiner Bemühungen um weltweite militärische Präsenz zwecks Durchsetzung seiner Freihandelsinteressen. Es dränge sich geradezu überall auf, um „mehr Verantwortung“ zu übernehmen. Dagegen müsse die Friedensbewegung mobilisieren, auch regional und lokal.

Letztes Jahr habe der Ratschlag die Vernetzung der Bewegungen vorangetrieben (☒ 8.10. in Berlin). Dieses Jahr habe man erstmals Aktionsgruppen eingeladen, ihre Arbeit vorzustellen. Diese Neuerung sei sehr gut angenommen worden und solle künftig weitergeführt werden. (Dem kann ich nur voll und ganz zustimmen!)

Zu überlegen sei, ob nicht auch die Friedensbewegung große Regionaldemonstrationen an einem gemeinsamen Termin planen solle. Klar bleibe für alle das Ziel „Frieden schaffen ohne Waffen“. Dazu gehörten Abrüstung, keine Auslandseinsätze und keine BW-Einsätze im Innern. Augenmerk sei zu richten auf gelungene Konversionsbeispiele.

Sie schloss den Ratschlag mit einem Zitat des gerade verstorbenen Fidel Castro. (Hier von mir nur sinngemäß wiedergegeben): Ziel der Revolution sei die Gleichheit der Bürger in allen ihren sozialen Ansprüchen; Traum bleibe dabei aber, diese Gleichheit auf alle Bewohner der Welt zu übertragen.

Aus den Arbeitsgruppen:

Jürgen Altmann: Killerroboter verbieten – wie kann das gehen?

Der Referent, emeritierter Physikprofessor, ist seit Jahren am Thema. Nach einem Forschungssemester gründete er eine internationale AG, die das Verbot der jetzt noch nicht existierenden vollautomatischen Kampfdrohnen–ähnlich Landminen und Streumunition- über UNO oder vielseitige Verträge (Landminen unter Führung Kanadas) zum Ziel hat.

Der Vortrag zeigte aus Sicht des Physikers relativ genau den Stand, die gegenwärtigen Leistungsgrenzen und die Tendenzen der Robotik. Spätestens bei Kämpfen zwischen Drohnen seien die Sekunden zur Befehlsübertragung zu langwierig und es müssten autonome Steuerungssysteme implantiert werden. Das häufige Pro-Argument, man könne diesen die Kriegsvölkerrechtsregeln besser einimpfen als Menschen greife nicht, weil diese Kampfmaschinen auf absehbare Zeit zur richtigen situativen Einschätzung nicht fähig seien. So sei z.B. der atomare Gau zweimal durch russische Offiziere, die 1961 und 1983 entgegen der Befehlslage den atomaren Gegenschlag nicht auslösten, weil sie den –im Nachhinein auch als falsch erkannten – Informationen aus ihrer Einschätzung der Situation heraus misstrauten, vermieden worden.

Diese frühzeitige Initiative für ein rechtzeitiges Verbot der autonomen Kampfdrohnen (und von Miniaturdrohnen) ist gewiss unterstützenswert, die öffentliche Agitation sollte m.E. j e t z t aber gegen die von Menschen gesteuerte extralegale Tötung zielen, gerade weil dabei in Ramstein auch Deutschland involviert ist.

Christopher Schwitanski, Benno Stahn (Kiel), Bernhard Trautvetter (Kalkar): NATO Centres of Excellence in Kalkar und Kiel – Brutstätten des Krieges?

Solche Zentren –außerhalb der eigentlichen Befehlsstruktur- wurden nach der Reduktion der Hauptquartiere (von 78 auf 20) ab 2002 eingerichtet (23, alle in Europa, 16 von der BRD mitfinanziert, 3 in Deutschland (+ Ingoldstadt). Sie dienen der jeweils spezifischen Strategie- und Rüstungsentwicklung, fördern bestimmte Einsätze und die Interoperabilität zwischen den Natoteilen. Sie haben militärische und zivile Mitarbeiter und ziehen externen Sachverstand hinzu.

Sie werden vom jeweiligen Gastland beantragt, das dann auch Liegenschaften stellt und wesentliche Teile der Finanzierung übernimmt. Fraglich scheint laut - noch unbeantworteter - Anfrage der Linksfraktion im BT, ob die dort entwickelten Strategien mit dem Völkerrecht kompatibel sein müssen.

Zu Kiel: Hier war des Kaisers Flottenstützpunkt und das Zentrum der dt. U-Boot-Waffe im 2. Wk → 90%-ige Zerstörung →starke Friedensbewegung ← kommunaler Friedensarbeitskreis auf Stadtverordnetenbeschluss hin, Partnerstädte in Russland Kaliningrad und Sovetsk. Dennoch wieder Kriegshafen. Hiesiges Exzellenzzentrum der Ostsee gemäß für küstennahe und Flachwasseroperationen (bis 200 m Tiefe) zuständig → wohl brauchbar für „Seeräuber“bekämpfung und zur „Sicherung“ der weltweiten Handelswege. So habe Gauck auch gefordert, dass „wir in Zukunft früher und entschiedener eingreifen müssen“. Dies sei von interessierten Kreisen, z.B. der

Stiftung Wirtschaft und Politik, schon länger gefordert worden. Insofern komme Trumps durchaus noch nicht beschlossene Rückzugsankündigung vielen deutschen Eliten gerade recht, um über eine Militarisierung der EU zu einer neuen deutschen Hegemonie samt entsprechender Aufrüstung zu gelangen. In Kiel werde vom Exzellenzzentrum in Zusammenarbeit mit dem Institut für Sicherheitspolitik analog zur Münchner Sicherheitskonferenz jährlich zur Zeit der Kieler Wochen eine Sicherheitskonferenz durchgeführt. Zuletzt waren „Minen“, dann „der hohe Norden“ (sprich die Rohstoffe im Nordmeer) Themen. Auf Anweisung des Außenministeriums habe man gar Russland von der Kieler Woche wieder ausladen müssen. Bei einer „Friedenskarte Ostsee“ der Nato erscheine Russland nicht mehr als Ostseeanlieger! Die Zivilgesellschaft veranstalte jeweils Demonstrationen gegen diese Sicherheitskonferenz und plane künftig Gegenveranstaltungen.

Kalkar: (dazu auch [www. japcc.org](http://www.japcc.org))

- Zentrum für alle Planungen des Luftkrieges von der Erde bis in den Weltraum, von Island bis zur Golfregion, z.B. für Logistik, Flugzeuge, Drohnen oder Luftwaffenoffiziersausbildung. Auch für Büchel, Tornados und A-Bombenbefähigung. Zukunftsplanung und Anspornung des Wettrüstens, „künftigen Erfordernissen“ Rechnung tragen, z.B.
 - ° „Expeditionskriegsführung“, d.h. ohne Kriegserklärung kurz einfallen, dann wieder raus
 - ° Cyberkriegsführung ← äußerst preiswert, ohne Personaleinsatz, kann verheerende Schäden anrichten und auch –wie Israel und die USA in Teheran bewiesen – in das Funktionieren von AKW eingreifen. Hier verwischen sich die Grenzen von Krieg und Frieden vollends. (m.E. ähnlich wie bei Spionage und Geheimdienstkommandos, aber mit ungeahntem Steigerungspotential)
- Hier finden auch jährliche Sicherheitskonferenzen statt, die militärisch von höherer Bedeutung seien als die mehr propagandistische Münchner Konferenz. So sei hier 2006 über den Drohneneinsatz getagt worden, 2012 über „Kriegsführung im 21. Jh.“, zuletzt sei im Rahmen der Reflektion der Auswirkungen der Kriegsoperationen („Strategische Kommunikation“) auch die Friedensbewegung –welche Ehre – als Störfaktor thematisiert worden. Da habe man auch festgestellt, es wäre z.B. im Irakkrieg viel wirksamer gewesen „Menschenrechte“ als Kriegsgrund zu propagieren → „Menschenrechte“ als „Arena“ für Natoeinsätze. ← Diese Konferenzen werden jeweils von Rüstungskonzernen gesponsert!

Kristine Karch, Klaus Hartmann: Worum geht es bei dem NATO-Gipfel 2017 in Brüssel?

Hartmann (Freidenker): Die NATO habe grundsätzlich einen US-Oberkommandierenden, der personenunabhängig immer verbreite, dass Russland die größte Gefahr darstelle. Derzeit fänden die größten Manöver seit dem Kalten Krieg - alle im Sinne der „Vorwärtsverteidigung“ – statt. Die deutsche Regierung sei derzeit die „Speerspitze des Antiamerikanismus“ (wegen der Trumpwahl), so dass es hinter den Kulissen ein Gezerre gebe und der Natogipfel noch nicht terminiert sei, was natürlich auch die Mobilisierung erschwere. Dennoch müsse man ihn schon vorbereiten. Wichtig sei aber auch, dass die Friedensbewegung ihre eigenen Termine/ Ziele setze (Büchel, Ramstein; regionale Ziele) und nicht allen fremdgesetzten Terminen hinterherrenne.

Karch (No to war, no to Nato): Ihre Gruppe begleite seit 2009 die Natogipfel regelmäßig. Grundlage sei der von 500 nationalen und vielen internationalen Gruppen unterschriebene Stuttgarter Appell, bei welchem man heute nur statt Kaukasus die Ukraine einsetzen müsse, um ihn zu aktualisieren. Egal wann der stattfindet, bereiten sie den Brüsseler Natogipfel doch schon vor: Internationale

Konferenz, neben dezentralen eine zentrale Demo in Brüssel, diverse Aktionen zivilen Ungehorsams. (Diskutiert wurde, inwiefern Regelverletzungen nicht stärker eingeplant werden sollten, da die Medien reguläre Aktionen zumeist ignorierten!). Sie ging intensiver auf die erkennbaren Bestrebungen zur Anwerbung von Frauen ein, die unverständlicher Weise von manchen Frauenorganisationen unterstützt würde. Auffällig seien die häufigen Klagen in der US-Armee über Vergewaltigungen, die aber in der Regel nicht zu Anklagen führten (Schonung des Rufs der eigenen Einheit). Auch seien Prostitution, Bordelle usw. im Zusammenhang mit Kasernen –auch bei Blauhelmen- die Regel. Vor diesem Hintergrund sei die Propaganda für Menschenrechtskriege zwecks Frauenbefreiung besonders pervers. Zu beachten seien aber auch die Tendenzen ausländische Bürger aus EU-Staaten und solche mit Migrationshintergrund (Integration!) sowie Minderjährige anzuwerben.

Reiner Braun führte in einem längeren Beitrag aus, dass entgegen seiner Intention eine Dynamik Richtung Hamburger G20-Gipfel zu beobachten sei (Hartmann: eine Losung müsse sein, G20 ohne die G7-er Staaten!; Karch fand die Verknüpfung von Antifreihandels- und Friedensbewegung hoffnungsvoll; Einigkeit allerdings bestand, dass solche Gipfel im Rahmen der UNO stattfinden müssten). Er verwies u.a. auf eine Konferenz der Nato-Excellencezentren im Herbst in Hessen. Es gebe durchaus eine Tendenz zur Überwindung der Natogrenzen und Einbeziehung von Neutralen (Partnership for peace mit Japan, Schweden, Finnland → Diskussion Austritt aus Nato? Wenn ja, dann nur mit konsequenter Demilitarisierung! Oder(Braun) sei es nicht besser innerhalb der Nato die Vernetzung des Widerstandes zwischen den Natostandorten voranzubringen?). Trumps Haltung zur Nato sei durchaus im Fluss („befriedigendes“ Treffen mit Stoltenberg). Heraus käme aber mit Sicherheit – was die deutschen Eliten schon seit Jahren fordern (Gaucks „mehr Verantwortung“) – dass die EU einen größeren und selbständigeren Beitrag für die Befriedung Westeurasiens leisten müsse, damit die USA sich voll Ostasien widmen könne. Die Aktion in Brüssel aber sei gerade für die Verknüpfung der europäischen Friedensbewegungen von immenser Bedeutung.